

Gerne mit mehr Mut! – Statement des Landesjugendrings Brandenburg zum Koalitionsvertrag zwischen SPD und BSW

Mit ihrer Wahlentscheidung machten junge Menschen in Brandenburg deutlich, dass sie Unterstützung in der Bewältigung von vielfältigen Krisen wie z.B. Klimawandel, Wohnungsnot oder fehlender Mobilität benötigen. Letzte Woche veröffentlichten die Brandenburger Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) und das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) ihren gemeinsamen Koalitionsvertrag unter dem Titel „Brandenburg voranbringen – Bewährtes sichern. Neues schaffen.“ Die Ängste und Unsicherheiten junger Menschen konnten auf politischer Ebene in den letzten Jahren nicht ausreichend gelöst werden, daher hat **der Landesjugendring Brandenburg e.V. den Koalitionsvertrag genauer unter die Lupe genommen und auf jugendpolitische Themen geprüft.**

Der Landesjugendring Brandenburg begrüßt ausdrücklich zahlreiche positive Entwicklungen in Bezug auf Jugendverbandsarbeit, junges Ehrenamt und Engagement, Beteiligung und politische Bildung und insbesondere, dass in diesem Koalitionsvertrag Jugendpolitik als eigenständiges Feld anerkannt wird und die Rahmenbedingungen für eine wirkungsvolle Jugend(verbands)arbeit verbessert werden sollen. Der Koalitionsvertrag konzentriert sich aus Sicht des Landesjugendring Brandenburg jedoch primär darauf, Bewährtes zu sichern und in kleinen Schritten weiterzuentwickeln. **Der Landesjugendring Brandenburg hätte sich mehr Mut gewünscht, den Koalitionsvertrag zukunftsgerichtet auszugestalten, denn die Bedeutung von Jugend(verbands)arbeit für die Bearbeitung der multiplen Krisen junger Menschen sind im Vergleich zu ihrer Bedeutung für das Aufwachsen junger Menschen zu wenig sichtbar.** Kinder und Jugendliche werden in diesem Vertrag primär als Schüler*innen betrachtet. Dabei sind sie entscheidender Faktor und Akteur*in in Bezug auf zivilgesellschaftliches Engagement ganz konkret vor Ort und als Fortschrittsmotor gesellschaftlicher Entwicklungen. **Wichtige gesellschaftspolitische Themen, die stetig und vielfältig von jungen Menschen adressiert werden, wie Klimaschutz, Mobilität, Diversität und Vielfalt, kommen aus Sicht des Landesjugendrings Brandenburg zu kurz.**


Wie die Koalitionspartner*innen einzelne jugendpolitische Arbeits- und Themenfelder gestalten wollen, bewerten wir hier:

Teilhabe und Beteiligung

Ziel der Koalitionspartner*innen ist es, jungen Menschen Freiräume zu bieten, in denen sie sich ausprobieren können, soziale Kompetenzen lernen und wertvolle Erfahrungen für ihre Entwicklung machen können. Hierfür sollen vor allem kommunale Strukturen gestärkt und Mitwirkungsrechte junger Menschen ausgebaut werden. Besonders positiv herauszustellen sind hier die Regelung der Koalitionspartner*innen zum Ausbau des §19 der Kommunalverfassung und das Bestreben, die Beteiligung junger Menschen auf der Landesebene weiter zu stärken.

Finanzierung von Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit

Positiv hervorzuheben ist, dass sich der Koalitionsvertrag an mehreren Stellen mit der Anpassung der u.a. inflationsbedingten Kostensteigerungen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit befasst. Es soll geprüft werden, ob eine Erhöhung der landesseitigen Finanzanteile der Personalkosten für sozialpädagogische



Fachkräfte in der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit möglich ist. Auch die Anpassung des Landesjugendplans an die aktuellen Bedingungen der Kinder- und Jugendarbeit begrüßt der Landesjugendring Brandenburg. Gerade in Anbetracht massiver Einsparungen bei der Jugendarbeit in anderen Bundesländern, zeugt dies von einer Wertschätzung der qualitativ hochwertigen Arbeit der Akteur*innen in Brandenburg. Der Landesjugendring Brandenburg e.V. wird in diesem Sinne die anstehenden Haushaltsverhandlungen produktiv und kritisch begleiten und die Koalitionär*innen an ihren Versprechen messen. Dennoch: Kinder- und Jugendarbeit benötigt Verlässlichkeit und Kontinuität. Eine Dynamisierung von Finanzierungen, z.B. im Rahmen des Landesjugendplans, würde das positive Bekenntnis für eine starke Kinder- und Jugendarbeit weiter untermauern.

Kinderrechte

Die Koalitionspartner*innen wollen sich dafür einsetzen, dass Kinderrechte ins Grundgesetz aufgenommen werden und die Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe inklusiver gestaltet werden. Dieses Vorhaben unterstützt der Landesjugendring Brandenburg explizit, denn es stärkt nicht nur die Rechte junger Menschen, sondern setzt gleichzeitig ein Zeichen, welche Bedeutung den Interessen von Kindern und Jugendlichen beigemessen wird. Wir fordern die neue Regierung auf, hier eine Initiative im Bundesrat zu starten.

Demokratiebildung

Jugendpolitik braucht eine starke politische Bildung – aus Sicht des Landesjugendring Brandenburg allerdings nicht nur in der Schule. Über die Stärkung der Landeszentrale für politische Bildung hinaus wäre eine breitere Unterstützung von non-formaler Bildung relevant. Gerade die Kinder- und Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit erreichen junge Menschen dort, wo demokratisches Handeln beginnt: vor Ort. Gemeinsam diskutieren sie auf Augenhöhe mit jungen Menschen, unterstützen sie in demokratischen Aushandlungsprozessen und tragen somit als eine der nahbarsten Akteur*innen zur Demokratiebildung bei.

Rechtsextremismus und Rassismus

Der Landesjugendring Brandenburg weiß besonders das Vorhaben der Koalitionspartner*innen zur Evaluation, Weiterentwicklung und Umsetzung der Programme und Projekte zur Demokratiestärkung und des Kampfes gegen Extremismus zu würdigen. Rechtsextreme Strukturen gefährden in unsicheren Zeiten die Demokratie, daher ist es umso wichtiger, sich gegen diese stark aufzustellen.

Junges Ehrenamt und Engagement

Auch wenn die Koalitionspartner*innen bürger*innenschaftliches Engagement unterstützen möchten, so bleiben sie in ihrem Koalitionsvertrag im Bereich Jugend vage in den Formulierungen. Zwar werden einzelne Verbände wie die Jugendfeuerwehr gestärkt, aber nicht die flächendeckende Förderung von Jugendverbandsarbeit genannt. Dies jedoch hält der Landesjugendring Brandenburg für essenziell, denn junges Ehrenamt ist ausschlaggebend für den gesellschaftlichen Fortschritt und den Erhalt der sozialen Strukturen vor Ort. Jugendverbandsarbeit trägt nicht zuletzt entscheidend dazu bei, dass Demokratie vor Ort erlebt, erlernt und weiterentwickelt werden kann.

Freiwilligendienste

Ebenso findet sich die Forderung des Landesjugendring Brandenburg nach der Stärkung der Freiwilligendienste im Koalitionsvertrag wieder, denn das Taschengeld für Freiwilligendienstleistende soll erhöht, eine stärkere Unterstützung der Trägerstrukturen geprüft und die Ehrenamtskarte fortgeführt werden. Überdies kritisiert der Landesjugendring Brandenburg, dass die notwendige Landesförderung von 550 Euro pro Teilnehmenden und Monat, die den Zugang auch für sozial benachteiligte junge Menschen unterstützt, nicht im Koalitionsvertrag aufgenommen wurde.

Gesundheit

Die Not von psychologischer und psychotherapeutischer Betreuung, insbesondere von Kindern und Jugendlichen erkennen die Koalitionspartner*innen an. Dabei bleibt auch an dieser Stelle die Frage der Ausgestaltung und Finanzierung offen, die dringend Antworten benötigt. Das Unterstützungssystem leidet unter starken Belastungen, denn nicht nur junge Menschen, sondern die Brandenburger Gesellschaft insgesamt ist noch immer geprägt von der Corona-Pandemie und anderen Krisen wie wirtschaftliche Sorgen, Krieg und Klimakrise. Um die Herausforderungen junger Menschen adäquat zu bearbeiten und zu verringern, ist ebenfalls eine aktive und auskömmlich finanzierte Jugendarbeit notwendig. Sie handelt im besten Sinne präventiv, vorausschauend und orientiert sich an den Lebensrealitäten junger Menschen.

Inklusion

Insgesamt bleiben die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag zum Thema Inklusion vage, insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit. So sollen einzig Modellprojekte zur Gewährung von Hilfen aus einer Hand im Bereich der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe unterstützt werden. Fragen der konsequenten Beteiligung junger Menschen mit Behinderung, der notwendigen Ausstattung von Träger*innen der Jugend(verbands)arbeit inkl. Stellenanteile für die Umsetzung von Inklusion und der Fortbildung von Fachkräften bleiben unbeantwortet. Damit bleibt offen, wie die weitreichenden Ansprüche, wie sie im Gesetz zur Förderung und zum Schutz von Kindern und Jugendlichen definiert werden, umgesetzt werden können. Aus Sicht des Landesjugendrings Brandenburg braucht es an dieser Stelle ein deutliches Bekenntnis zur Verstetigung und zum Ausbau bereits bestehender Strukturen.

Vielfalt

Der Landesjugendring Brandenburg setzt sich seit Langem für eine vielfältige Jugendarbeit ein, die auch vulnerable Gruppen junger Menschen, die beispielsweise aufgrund von Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit, Homo-, Bi-, Inter*- und Trans*-Feindlichkeit Diskriminierung erfahren oder armutsbetroffene bzw. armutsbedrohe Kinder und Jugendliche in den Blick nimmt. Der Koalitionsvertrag bietet hierfür kaum Ideen und Konzepte. Wir weisen darauf hin, dass die bereits bestehenden Ansätze wie die Fachstelle Perspektiven des Landesjugendrings Brandenburg, geschlechter- und queersensible Jugendarbeit oder die Arbeit mit jungen Menschen mit Migrationshintergrund dringend weiter gefördert und ausgebaut werden sollten. Im Sinne eines vielfältigen Brandenburgs, in dem jeder ohne Angst verschieden sein kann, darf bereits Erreichtes nicht durch Strukturabbau und Nichtbeachtung verloren gehen.

Der Landesjugendring Brandenburg e.V. nimmt seine Verantwortung, sich für die Belange junger Menschen in unserem Bundesland einzusetzen, sehr ernst und weist ausdrücklich darauf hin, dass die im Koalitionsvertrag beschlossenen Regelungen eingehalten und vor allem zeitnah umgesetzt werden müssen. **Diese Versprechen sind das Mindestmaß der Notwendigkeit, um Kinder- und Jugendarbeit weiter zu erhalten und jungen Menschen in unserem Bundesland eine demokratische Perspektive zu bieten.** Ein Verschleppen oder eine fehlende Umsetzung gefährdet die hohe Qualität, den hohen Anspruch und vor allem die Wahrnehmung der Verantwortung der Kinder- und Jugendarbeit, junge Menschen bei der demokratischen Teilhabe an Gesellschaft zu unterstützen. **Der Landesjugendring berät und begleitet die zukünftige Landesregierung auch weiterhin bei der Erreichung und Weiterentwicklung jugendpolitischer Ziele. Nur gemeinsam können junge Menschen bei der Bewältigung multipler Krisen professionell begleitet und gestärkt werden.**

Pressekontakt:

Claire Dörfer - Landesjugendring Brandenburg, claire.doerfer@ljr-brandenburg.de, Tel: 0331-620 75 31